



Solidarisch gegen Neonazi-Gewalt vorgehen

08. Mai 2010

Am 28. April wurde in der Nürnberger U-Bahn ein 17jähriger Jugendlicher mit Migrationshintergrund von einem polizeibekanntem Neonazi aus Zirndorf (Lkr. Fürth) verprügelt und so schwer verletzt, dass der 17jährige wiederbelebt und tagelang ins künstliche Koma versetzt werden musste. Erst nach Tagen gestand die Polizei zu, dass es sich wohl um eine rassistische Tat handelt, während zuerst der Eindruck erweckt wurde, es habe sich um eine einfache „Meinungsverschiedenheit zwischen Links- und Rechtsextremisten“ gehandelt. Obwohl die Polizei wiederholt behauptete, es gäbe in Fürth kein Neonazi-Problem, stellt dieser Vorfall nur die bis heute dramatischste Eskalationsstufe der in Fürth seit langem zunehmenden Neonazi-Gewalt dar. Dabei fanden in den letzten Wochen wiederholt Übergriffe auf Jugendliche statt, die nicht in das Weltbild des braunen Mobs passen. Auch ein Gewerkschaftsbüro wurde angegriffen und Autos bekannter Neonazi-Gegner wurden demoliert.

Der Bayerische Innenminister Herrmann sieht in der steigenden Neonazi-Gewalt jedoch nur Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremen, wie aus seiner Antwort auf eine Anfrage in KW 16 zur Neonazi-Gewalt in Fürth hervorgeht: „Im Zeitraum von September 2009 bis März 2010 erhielt das zuständige Polizeipräsidium Mittelfranken Kenntnis von insgesamt acht Sachverhalten, die in Zusammenhang mit dem Aufeinandertreffen von rechts- mit linksextremistischen Gruppierungen standen oder bei denen Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass Angehörige dieser Gruppierungen beteiligt waren. Dabei kam es wiederholt zu verbalen Konfrontationen sowie in Einzelfällen tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten.“

Wir verwahren uns dagegen, dass in der bayerischen Polizeistatistik Gewalttaten von Neonazis routinemäßig als Auseinandersetzungen zwischen politischen Extremisten bezeichnet werden. Die Opfer der Neonazis werden so zu Linksextremisten deklariert und dadurch auf eine Stufe mit den Tätern aus der Neonazi-Szene gestellt, was gem. des Bayerischen Verfassungsschutzberichts auch bei aktiven Neonazi-Gegnern (VVN-BdA, a.i.d.a. etc.) laufend der Fall ist. So werden Bürgerinnen und Bürger, die den politischen Aufrufen zur Zivilcourage gegen Menschenverachtung und faschistische Tendenzen Folge leisten, für ihr Engagement bestraft. Den Neonazis wird durch ein Aufweichen der Abgrenzung zu totalitären Ideologien der Weg zum „Mainstream“ der Gesellschaft geebnet.

- Wir erklären hingegen unsere Solidarität mit dem Neonazi-Opfer von Nürnberg sowie mit allen weiteren Opfern neonazistischer Gewalt.
- Wir fordern von Polizei und Staatsregierung ein Ende der Diskriminierung von Neonazi-Opfern und konsequente Ermittlungen gegen die Verursacher der zunehmenden Gewalt.
- Wir lehnen die Diffamierung aktiver Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Neonazis friedlich zur Wehr setzen, als angebliche „Linksextremisten“ ab.
- Wir unterstützen alle gewaltfreien Formen des Widerstands gegen die Unterwanderung der Zivilgesellschaft durch Neonazis sowie deren öffentliche Auftritte.